

HRRS-Nummer: HRRS 2013 Nr. 920

Bearbeiter: Christian Becker

Zitiervorschlag: BGH HRRS 2013 Nr. 920, Rn. X

BGH 5 AR (VS) 60/12 - Beschluss vom 21. August 2013

Nachträgliche Unzulässigkeit der Rechtsbeschwerde (Wegfall des Verpflichtungsbedürfnisses).

§ 29 EGGVG

Entscheidungstenor

Die Rechtsbeschwerde gegen den Beschluss des Oberlandesgerichts München vom 16. August 2012 wird auf Kosten des Antragstellers als unzulässig verworfen.

Gründe

Die nach Zulassung durch das Oberlandesgericht statthafte (§ 29 Abs. 1, 2 Nr. 1 EGGVG) sowie form- und fristgerecht 1
eingelegte Rechtsbeschwerde (§ 29 Abs. 3 EGGVG i.V.m. § 71 FamFG) ist nachträglich unzulässig geworden, weil
sich das - entgegen der Ansicht des Oberlandesgerichts als ursprünglich zulässig anzusehende
("Versagungsgegenantrag") - Verpflichtungsbegehren (§ 23 Abs. 2 EGGVG), die Vollstreckungsbehörde unter
Aufhebung der staatsanwaltschaftlichen Bescheide anzuweisen, den Beschwerdeführer für die weitere Vollstreckung in
das Land Berlin zu verlegen, mit dessen Verlegung in eine Justizvollzugsanstalt des Landes Berlin erledigt hat und
damit das Rechtsschutzbedürfnis entfallen ist (vgl. dazu Keidel/MeyerHolz, FamFG, 17. Aufl., § 74 Rn. 8 f. mwN;
Meyer-Goßner, StPO, 56. Aufl., § 29 EGGVG Rn. 5).

Der Senat legt den Schriftsatz vom 4. Juli 2013 dahin aus, dass der Beschwerdeführer sein Anliegen nunmehr als 2
Feststellungsbegehren weiterverfolgt. Er kann dahingestellt sein lassen, ob dessen Beurteilung in erweiternder
Auslegung des § 29 Abs. 3 EGGVG wegen der dortigen Verweisung auf die Verfahrensvorschriften über die
Rechtsbeschwerde nach dem Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der
freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG) in entsprechender Anwendung des § 62 FamFG (vgl. zu § 62 FamFG BGH,
Beschluss vom 25. Februar 2010 - V ZB 172/09, NVwZ 2010, 726, Keidel/MeyerHolz, aaO, § 74 Rn. 9) zu erfolgen hat
oder ob gemäß § 29 Abs. 3 EGGVG, § 74 Abs. 4 FamFG die zu § 28 Abs. 1 Satz 4 EGGVG entwickelten Grundsätze
(vgl. LR/Böttcher, 26. Aufl., § 28 EGGVG Rn. 6, 8 ff., Meyer-Goßner, aaO, § 28 EGGVG Rn. 8 mwN) heranzuziehen
sind. Denn Gründe, die ein Feststellungsinteresse des Beschwerdeführers ergeben könnten, sind für beide Varianten
weder dargelegt noch sonst ersichtlich. Namentlich stand nicht das "Ob", sondern das "Wo" der Haft in Frage und
hatte der Beschwerdeführer die Möglichkeit, sein Begehren parallel bei der nach vom OLG München gebilligter
Rechtsauffassung der Vollstreckungsbehörde zuständigen Justizvollzugsanstalt zu verfolgen. Diesen Weg ist er
jedoch nicht gegangen. Vielmehr hat er sogar ausdrücklich auf eine Entscheidung der Justizvollzugsanstalt nach § 26
StVollstrO verzichtet (S. 22 des angefochtenen Beschlusses).

Im Übrigen merkt der Senat an, dass sich der Beschwerdeführer vor Rechtskraft seiner Verurteilung nicht in 3
Untersuchungshaft befunden hat, sondern in Strafhaft in der einbezogenen Sache.